

Vorläufiges Protokoll

der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates Dammbach vom Freitag, 17.01.2020 um 19:30 Uhr im Rathaus, Wintersbacher Str. 141, Dammbach

Teilnehmer:

1. Bürgermeister
Bauer, Roland CSU/FWG

2. Bürgermeister
Lattus, Christian CSU/FWG

Mitglieder Gemeinderat
Amrhein, Rigobert UWG
Bauer, Karl CSU/FWG
Brand, Günter UWG
Hock, Franz UWG
Knehrler, Sebastian CSU/FWG
Schäfer, Ralf UWG
Spielmann, Patrick
Verfürth, Steffen UWG
Wirth, Christian CSU/FWG

Verwaltung
Bathon, Christina

Schriftführerin
Ringel, Judith

Entschuldigt:

Mitglieder Gemeinderat
Amrhein, Waltraud UWG
Beck, Markus CSU/FWG

1. Begrüßung und Protokollanerkennung

Bürgermeister Roland Bauer begrüßt Herrn Mateusz Sekula, der mit der Lebensrettermedaille des Landes Baden-Württemberg ausgezeichnet wird, die anwesenden Gemeinderäte, Geschäftsleiterin Christina Bathon, Schriftführerin Judith Ringel, Herrn Harald Englert vom Main-Echo und die zahlreichen Bürgerinnen und Bürger.

Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Gemeinderat beschlussfähig ist. Er fragt, ob es Einwendungen zur Tagesordnung gibt. Dies ist nicht der Fall.

Der Bürgermeister fragt, ob es Einwände zum Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 20.12.2019 gibt. Auch dies ist nicht der Fall.

Das Wort wird an die Bürgerinnen und Bürger gerichtet.

Ein Bürger weist darauf hin, dass in letzter Zeit vermehrt Steine auf dem Triebweg liegen, die von der Böschung heruntergefallen seien. Es werden Fotos herumgereicht, um das Ausmaß zu veranschaulichen.

Der Bürgermeister wird die Bauaufsicht zu Rate ziehen.

In diesem Zusammenhang wird auch nachgefragt, ob am Triebweg die Erneuerung der Teerdecke noch dieses Jahr erfolgt.

Dieser Sachstand wurde letzte Woche mit der AMME besprochen. Zur Zeit laufen im gesamten Gebiet des Zweckverbandes Schmutzfrachtberechnungen bezüglich des Anschlusses aller Verbandsgemeinden an die gemeinschaftliche Kläranlage in Elsenfeld. Bis zum Abschluss dieser Berechnungen steht noch nicht fest, ob das angedachte Regenrückhaltebecken am Triebweg gebaut werden muss oder nicht. Laut Aussage von Herrn Weiß wird eine Planungszeit von 3 – 6 Monaten erwartet. Da die Erneuerung der Fahrbahndecke keinen Sinn macht, wenn hier eventuell noch weitere Maßnahmen in Sachen Regenrückhalt erforderlich sind, muss die Maßnahme bis zu einer endgültigen Klärung zurück gestellt werden.

Einstimmig mit 10:0 Stimmen unter der Enthaltung von Sebastian Knehrler, der in der letzten Sitzung nicht anwesend war, wird das Protokoll anerkannt.

2. Verleihung der Lebensrettermedaille des Landes Baden-Württemberg an Herrn Mateusz Sekula

Der Bürgermeister bittet Herrn Mateusz Sekula nach vorne, um die Lebensrettermedaille des Landes Baden-Württemberg zu verleihen. Herr Sekula hat am 12.10.2018, unter Einsatz seines Lebens, einen schwerverletzten Fahrer aus seinem brennenden LKW geborgen. Nach Auffassung des Innenministeriums lagen bei der Rettungstat besonders schwierige Umstände und eigene Lebensgefahr vor, da das Führerhaus des verunfallten LKW bereits teilweise in Flammen stand und starke Hitze- und Rauchentwicklung vorlag.

Herr Bürgermeister Bauer würdigt diese selbstlose Handlung und dankt Herrn Sekula für seine außergewöhnlich mutige Leistung. Die Anwesenden applaudieren.

3. Erneuerung, der in die Jahre gekommenen restlichen 9 Betonmasten für die Straßenbeleuchtung - Kosten pro Stück ca. 2.300 € netto (Anlage)

Der Bürgermeister informiert, dass nur noch 9 alte Betonmasten der Straßenbeleuchtung in Betrieb seien. Eine Prüfung, welche im Turnus von 5 Jahren stattfindet, werde in diesem Jahr erwartet. Mit Anschaffungskosten von 2.000 € - 2.500 € pro Stück sei zu rechnen. Er empfiehlt den Austausch aller 9 Masten, da diese bereits 40 Jahre oder älter seien und hier – falls nicht bereits gegeben – die Standsicherheit durch Rissebildung im Beton gefährdet sei.

Aus dem Gemeinderat wird vorgeschlagen, zunächst den Haushalt für 2020 zu erstellen und dann zu prüfen, ob die Maßnahmen durchgeführt werden können. Der Bürgermeister erklärt, dass die Summe im Haushalt unter Instandhaltungskosten bereits eingeplant sei und die Maßnahmen nötig seien. Man müsse die Verkehrssicherungspflicht beachten.

Ein weiterer Gemeinderat gibt zu bedenken, dass mit dieser Maßnahme (ca. 20.000 – 25.000 €) ein Großteil der zur Verfügung stehenden freien Finanzspanne verplant werde und man zunächst die Prioritäten bewerten solle.

Frau Christina Bathon erläutert das Prüfprozedere und informiert, dass der Prüfintervall 5 Jahre beträgt. Die Ergebnisse des letzten Prüfberichts werden noch einmal gesichtet.

Es sei wichtig, das neue Prüfergebnis abzuwarten, ob überhaupt ganz akut Handlungsbedarf sei, so ein Gemeinderatsmitglied.

Es wird vereinbart diesen TOP zu vertagen, bis ein neuer Prüfbericht vorliegt bzw. die Ergebnisse aus dem letzten Prüfbericht eingesehen wurden.

4. Beschaffung eines Fahrzeugs für den gemeindlichen Bauhof basierend auf dem Ergebnis der Bauausschusssitzung vom 16.01.2020

Der Bürgermeister informiert, dass der Vorarbeiter des Bauhofes eine Matrix erstellen solle, um die Anforderungen und Eigenschaften des neuen Fahrzeuges in Vergleich zu stellen. Seitens des Gemeinderates gab es den Hinweis, dass die Anhängerkupplung eventuell kein Kriterium mehr sei. Es werde aktuell geprüft, ob die Anhängerkupplung bei dem gemeindlichen Radlader nach unten gesetzt werden könne, so dass der Anhänger dann an den Radlader angehängt werden kann.

Ein weiterer Gemeinderat möchte wissen, ob bei der Erstellung der Matrix auch alle Bauhofmitarbeiter mit eingebunden werden. Dies sei vorgesehen, so Bürgermeister Bauer.

Das Wort wird einem Bauhofmitarbeiter erteilt, der als Gast an der Sitzung teilnimmt. Dieser empfiehlt wieder einen Transporter als Kipper zu erwerben. So könnten Kleinmengen an Schuttgütern, Laub, Erde und so weiter transportiert werden. Man müsse auch den hohen Spritverbrauch bei einem Pickup mit in die Kaufentscheidung mit einbeziehen. Seiner Meinung nach sei keine Allradversion nötig, da genügend Fahrzeuge mit Allrad zur Verfügung stehen.

Einen Ausdruck eines Exposés bezüglich eines Sprinters als Kipper übergibt er dem Gremium zur Ansicht.

Dieser TOP soll vertagt werden und im Februar neu verhandelt werden.

5. Eintragung einer Grunddienstbarkeit für das Bayernwerk für die Trafostation Flur Nr. 2887 Gemarkung Krausenbach (Anlage)

Für die Errichtung der Trafostation an der Fuhr auf dem Grundstück Flur Nr. 2887 durch das Bayernwerk muss eine Grunddienstbarkeit im Grundbuch eingetragen werden.

Für die Eintragung der Grunddienstbarkeit ist ein Beschluss des Gemeinderates notwendig. Das Bayernwerk zahlt für die Inanspruchnahme des Grundstückes die übliche einmalige Entschädigung in Höhe von 500,-- €.

Einstimmig mit 11:0 Stimmen stimmt der Gemeinderat der Eintragung einer Grunddienstbarkeit auf dem Grundstück Flur Nr. 2887 der Gemarkung Krausenbach zur Errichtung der Trafostation zu.

6. Breitbandausbau Schule Dammbach - förderfähiger Kostenrahmen

Es wurde im Gemeinderat beschlossen, die Grundschule Dammbach an das Glasfasernetz anzuschließen.

Die Kosten betragen laut Telekom je nach Trassenführung ca. 75 T€ - 90 T€. Es handelt sich hierbei um geschätzte Kosten.

Auf Grund der Höhe der Schätzkosten muss eine beschränkte Ausschreibung durchgeführt werden.

Bei Angebotsabgabe werden genaue Kosten mitgeteilt.

Nach Auskunft der Regierung von Unterfranken beträgt die Förderung 90 %, maximal jedoch 50.000,00 € je Schule (sofern für die erstmalige Herstellung eines Glasfaseranschlusses einer öffentlichen Schule ein Tiefbau auf einer Länge von mehr als 1.500 Meter erforderlich ist, erhöht sich der Förderhöchstbetrag um 10.000,00 € auf dann 60.000,00 €).

Ein Gemeinderat erklärt, dass die Leerrohre auf Höhe des Sportplatzes enden würden, was eine großzügig geschätzte Entfernung von 400 m bedeuten würde. Er könne sich nicht vorstellen, dass der Kostenrahmen von über 50.000 € überschritten werde. Weiterhin schlägt er vor, falls dieser Kostenrahmen doch überschritten werde, die Maßnahme nicht auszuführen.

Mit 11:0 Stimmen fasst der Gemeinderat den Beschluss die Grundschule Dammbach an das Glasfasernetz anschließen zu lassen.

7. Informationen des Bürgermeisters

7.1. Kirchenverwaltung - Zukunft des Pfarrer-Marschallhauses

Der Bürgermeister informiert, dass ein Gespräch mit der Kirchenverwaltung am 16.01.2020 stattgefunden habe, an dem auch Christina Bathon und Karl Aulbach als Vertreter der Verwaltung beteiligt waren.

Es wird angefragt, ob es seitens der Architekten schon weitere Ergebnisse gäbe.

Herr Bürgermeister Bauer teilt mit, dass vor Kurzem die Information über den Bayerischen Gemeindetag erging, dass das Sonderförderprogramm für Sanierung und Neubau von Kindergärten mit einer Förderquote von 80 – 85 % ausgelaufen sei. Generell gebe es weiterhin Fördergelder aus FAG-Mitteln. Hierbei beläuft sich der maximale Fördersatz auf 50 % der förderfähigen Kosten. Erste Kostenschätzungen der derzeit vorgelegten Planungsvariante gehen von 3,6 Mio. € aus. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass dies einen Eigenanteil von über 2 Millionen für die Gemeinde Dammbach bedeuten würde und dass dies angesichts der anstehenden Pflichtaufgaben in anderen Bereichen kaum zu stemmen sei.

Ein Gemeinderat fragt nach, wie die Situation bezüglich Fördermitteln bei Planung eines Neubaus sei. Dazu erklärte unser Kämmerer Karl Aulbach, dass ein Neubau nur als Neubau gefördert werde, wenn die zuweisungsfähigen Ausgaben der Generalsanierung 80% der fiktiven Neubaukosten einer vergleichbaren Neubaumaßnahme erreichen würden.

Es wurde in dem Gespräch mit der Kirchenverwaltung Folgendes festgehalten:

Die Kirchenverwaltung berät sich intern und mit der Diözese was die Konditionen für die Übertragung des Pfarrer-Marschall-Hauses an die Gemeinde Dammbach wären. Im Gespräch waren hier neben Räumlichkeiten im gegebenen Umfang eine Möglichkeit des barrierefreien Zugangs (z.B. Aufzug), sanierte Sanitäranlagen und eine Aufenthaltsmöglichkeit für den Pfarrer. Hierzu wird ein Schreiben von der Kirchenverwaltung erwartet. Bei einer eventuellen Übertragung des Pfarrer-Marschallhauses an die Gemeinde Dammbach würde eine Zuwendung der Diözese in Höhe von 20 % der förderfähigen Kosten entfallen, die den Kindergarten betreffen würden.

Parallel hierzu wurde der Architekt zur Planung weiterer Möglichkeiten der räumlichen Aufteilung zwischen Kindergarten und Kirchenverwaltung beauftragt, die dem Gemeinderat nach Vorliegen entsprechend vorgestellt werden sollen.

In diesem Zusammenhang berichtet der Bürgermeister zum Punkt Waldkindergarten. Eine Bauanfrage an das Landratsamt sei gestellt und eine Prüfung der Machbarkeit der vorgeschlagenen Standorte werde vorgenommen. Laut Annika Schäfer, Vorsitzende des Kindergarten- und Pflegevereines St. Martin, sei eine Inbetriebnahme eines Waldkindergartens vermutlich nicht vor Herbst 2020 zu realisieren.

7.2. Bodengutachten Friedhofsmauer

Der Bürgermeister informiert, dass am 22.01.2020 ein Vor-Ort-Termin am Friedhof in Wintersbach mit dem Ingenieurbüro Arz geben werde. Eine konkrete Uhrzeit ist allerdings nicht bekannt, da die Begehung im Anschluss an weitere Termine des Büros in den Nachbargemeinden stattfinden wird.

Ein Gemeinderat erklärt, dass die angebrachten Gipsplomben unauffällig seien und somit wohl seit dem Beginn der täglichen Überwachung keine Bewegung an der Friedhofsmauer stattgefunden habe.

Das Bodengutachten sei mittlerweile eingegangen und zusammen mit allem weiteren Unterlagen zur Durchsicht an das Büro Arz übermittelt worden.

7.3. Haushalt für 2020 - Februar Verabschiedung?

Ein Haushaltsentwurf sei an das Gremium bereits gesendet worden, berichtet Bürgermeister Roland Bauer. Er regt an dass die Gemeinderäte bei anstehenden Fragen zum Haushalt sich direkt an den Kämmerer Karl Aulbach wenden mögen und empfiehlt den Haushalt in der Februarsitzung zu verabschieden.

Der Haushaltsentwurf beinhalte alle Punkte, die theoretisch anfallen könnten. Jedoch sei auf Grund von verschiedenen Aspekten z.B. Wahlen, Ausschreibungsfristen, Vergabefristen etc. nicht davon auszugehen, dass alle Themen zu realisieren seien.

Ein Gemeinderat schlägt vor, den Finanzausschuss vorher einzuberufen. Dies wird von verschiedenen Gemeinderäten befürwortet. Ein Termin könne am frühen Abend oder späten Nachmittag erfolgen. Der Bürgermeister wird sich die Sache durch den Kopf gehen lassen. Eigentlich möchte er die Öffentlichkeit bei der Vorberatung nicht ausschließen.

7.4. Verschiebung der Februarsitzung vom 21.02.2020 auf Grund des Rathaussturmes

Eine Verschiebung des Sitzungstermins vom 21.02.2020 auf den 19.02.2020 wird bekanntgegeben, da am turnusmäßigen Termin der Rathaussturm auf die Verwaltung stattfindet.

7.5. Brücke am Kehrweg - Planung

Der Bürgermeister informiert, dass eine Schlussrechnung der Firma Zehe aus Burkardroth noch nicht vorliegt, da eine Geländemodellberechnung erst im Februar erfolgen kann. Diese sei jedoch unabdingbar für die Schlussrechnung. Es ist zu erwarten, dass diese dann in der März Sitzung vorliegt und das Büro Darvari und Kosch die Maßnahmen noch einmal im Gemeinderat vorstellen kann.

7.6. Überspannschutz LED Masten

Roland Bauer verliest ein Schreiben des Bayernwerkes bezüglich Überspannungsschäden bei LED-Leuchten. In diesem wird erläutert, dass eine Nachrüstung mit dem im Schreiben aufgeführten Überspannungsschutz Kosten von ca. 65 € netto zuzüglich Montage Verursachen wird.

Vom Gemeinderat wird angeregt, dass sobald eine Leuchte beschädigt sei, diese Nachrüstung eines Überspannschutzes getätigt werden solle.

7.7. Ferschenmühle

Der Bürgermeister informiert, dass die Hochbehälter Geishöhe + Ferschenmühle mit der Ultrafiltrationsanlage in 2 – 3 Monaten in Betrieb genommen werde. Eine Besichtigung des Bauvorhabens könne jederzeit erfolgen.

7.8. Hundsrückweg

Der Bürgermeister berichtet über ein Gespräch mit Betriebsleiter Florian Vogel vom Forstbetrieb Rothenbuch. Die Zentrale der Bayerischen Staatsforsten in Regensburg habe die Kostenbeteiligung für die Sanierung des Weges auf den Flächen des Freistaates Bayern abgelehnt. Hier werde die Verantwortlichkeit bei der Gemeinde gesehen. Im Gegenzug wird der Gemeinde die Übertragung der Wegflächen zu einem symbolischen Preis angeboten, sofern die Gemeinde die Sanierung des Weges auf eigene Kosten übernimmt.

Ein Gemeinderat merkt an, dass das Angebot von Stix wesentlich günstiger sei, als veranschlagt und dass mit der Übernahme der Fläche das leidige Thema der Eigentumsverhältnisse endgültig geklärt sei. Er fragt nach, ob die Vermessungskosten möglicherweise mit verhandelbar seien.

In diesem Zusammenhang werde die Gemeinde auch die Restfläche zwischen Straße und dem Hofgut von den Bayerischen Staatsforsten mit erwerben, um Vermessungskosten einzusparen.

Es wird im Gremium festgehalten, dass Gespräche bezüglich des Eigentumsübergangs mit den Staatsforsten geführt werden und im Anschluss über die Durchführung der Sanierung auf diesem Teilstück des Hundsrückweges entschieden werde.

8. Anfragen nach § 30 der Geschäftsordnung über solche Gegenstände, die in die Zuständigkeit des Gemeinderates fallen und nicht auf der Tagesordnung stehen

Es gab keine Anfragen.

Ende der Sitzung 20:30 Uhr

Roland Bauer
1. Bürgermeister

Judith Ringel
Schriftführer/in